



## **SGB protestiert gegen irreführende Mitteilung der Post**

Einigung der Post mit dem Preisüberwacher

Die schweizerische Post schreibt heute in einer Medienmitteilung, dass auf Preiserhöhungen bei der Zeitungszustellung verzichtet worden sei. Dies stimmt nicht. Ganz im Gegenteil treibt die Post auf Kosten der Mitgliederpresse eine Preissteigerung voran, die der Medienvielfalt direkten Schaden zufügt.

Bereits auf Anfang 2013 wurde der Versand für die Mitgliederzeitungen wegen einer Umstellung im Preissystem um bis zu 20 Prozent teurer. Und auf Beginn dieses Jahres wurde eine zusätzliche Preiserhöhung von 2 Rappen pro Exemplar durchgesetzt. Nach dem Willen der Post soll die Preissteigerung bis 2016 dann 6 Rappen pro Exemplar betragen. Eine Intervention der Dachverbände aller Sozialpartner bei der Post gegen die geplante zusätzliche Preiserhöhung blieb erfolglos. Die Erhöhung der Versandtarife wird das Überleben vieler Mitgliederzeitungen akut gefährden. Je nach Produkt wird damit der Versand einer Mitgliederzeitung erneut um einen Viertel teurer. Die Presseerzeugnisse der Verbände und Vereine aus Gewerbe, Kirchen und Parteien aber auch aus Sport und Musik sind damit akut gefährdet. Viele Verbände und Organisationen werden wegen der Mehrkosten ganze Ausgaben streichen oder die Publikation gar einstellen müssen.

Die Post bezeichnet ihre eigene finanzielle Lage als solid. Schliesslich erhält sie für den Zeitungstransport ja auch 20 Mio. Fr. mehr an Subventionen als in den Vorjahren. Dass sie dennoch an den Preiserhöhungen festhält, ist unverständlich und steht im Widerspruch zur Absicht des Parlaments, die Medienlandschaft in der Schweiz und damit die Meinungsbildung in der direkten Demokratie zu stärken.

Auskünfte: Dore Heim, geschäftsführende Sekretärin.

SGB, 21.1.2014.

Personen > Heim Dore. Presse. Versandkosten. SGB. 2014-01-21